

TOP 32

Gremium	Termin	Status
Stadtrat	23.09.2019	öffentlich

**Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Beschluss und Resolution für eine
"Ludwigshafener Offensive für Klima und Energie"**

Vorlage Nr.: 20190375



CDU-Stadtratsfraktion
Benckiserstraße 26
67059 Ludwigshafen

CDU-Stadtratsfraktion, Benckiserstr.26,67059 Ludwigshafen

Frau Oberbürgermeisterin
Jutta Steinruck
Stadt Ludwigshafen
Rathausplatz 20
67059 Ludwigshafen

Ludwigshafen, 21. August 2019

Antrag zur nächsten Sitzung des Stadtrates am 23. September 2019

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU-Stadtratsfraktion stellt zur Sitzung des Stadtrats am 23.9.2019 folgenden Antrag:

Der Stadtrat möge folgenden Beschluss und Resolution für eine

„Ludwigshafener Offensive für Klima und Energie“

fassen:

1. Der Klimaschutz ist eine zentrale Zukunftsaufgabe für unsere Stadt. Daher ruft der Stadtrat für die Stadt Ludwigshafen am Rhein eine Offensive für Klima und Energie aus. Er signalisiert dadurch die andauernde kommunale Bereitschaft, am Erreichen der Klimaziele des Pariser Abkommens mitzuwirken.

2. Der Stadtrat bekennt sich zu den bisherigen Klimainitiativen der Stadt Ludwigshafen (u.a. Klima-Bündnis, Klimaschutzkonzept, Klimaschutzteilkonzept „Klimafreundliche Mobilität, Covenant of Mayors, Masterplan Green City) und beschließt deren Weiterentwicklung. Dabei berichtet die Verwaltung dem Stadtrat regelmäßig über den aktuellen Sachstand im Bereich Klimaschutz.

3. Das integrierte Klimaschutzkonzept ist fortzuschreiben, der Mobilitätsaspekt ist dabei ebenso zu berücksichtigen wie die energetische Betrachtung städtischer Gebäude. Der Stadtrat unterstützt die Verwaltung im Rahmen seiner Möglichkeiten bei der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes.

4. Dem Bereich Mobilität kommt eine entscheidende Rolle zu. Dies wird durch einen neu zu bildenden stadträtlichen Ausschuss Mobilität verdeutlicht. Der Ausschuss begleitet verkehrliche Maßnahmen zur Verbesserung der klimatischen Situation (z.B. Elektromobilität im städtischen Fuhrpark, Radfahrinfrastruktur, Carsharing). Ein Mobilitätsbündnis der Metropolregion Rhein-Neckar unter Einbindung der Landesregierungen wird angestrebt.

5. Die Stadtverwaltung setzt sich bei Land und Bund dafür ein, dass Kommunen und speziell unsere Stadt in die Lage versetzt werden, den klimatischen Herausforderungen adäquat und nachhaltig zu begegnen. Es müssen Regelungen geschaffen werden, die der Stadt Planungssicherheit geben und eine tragfähige Finanzierung klimaschützender Maßnahmen vorsehen. (Vgl. dazu auch die Pressemitteilung des Deutschen Städtetages vom 18.07.2019)

6. Im Zuge einer erhöhten Priorisierung sollten die Auswirkungen auf den Klimaschutz bei allen relevanten städtischen Konzepten und Beschlüssen des Stadtrates auch zukünftig beachtet werden.

Begründung:

Im Pariser Klimaabkommen einigten sich die unterzeichnenden Staaten darauf, den Anstieg der Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen, da dies die Risiken und Folgen des Klimawandels deutlich vermindern würde.

Die Stadt Ludwigshafen bekennt sich durch die oben dargelegte Offensive zu diesem Ziel und erkennt an, dass auch die kommunale Ebene ihre Bemühungen zu dessen Erreichung intensivieren muss.

Wir lehnen den Begriff des Klimanotstandes ab. Dieser ist rein symbolisch, rechtlich nicht bindend und irreführend. Dass die Stadt dem Klimawandel schon länger begegnet, zeigt das bisherige Engagement in diesem Bereich. Darauf kann die Stadt zurückgreifen, die Konzepte fortschreiben und neue entwickeln.

Der daher passendere Begriff der Offensive bekräftigt den Entschluss, die Zukunftsfrage des Klimaschutzes mit hoher Priorität zu versehen und konkrete Maßnahmen einzuleiten.

Stärker als bisher wollen wir als Stadtrat bei unseren Entscheidungen neben anderen möglichen Kriterien die Auswirkungen auf das Klima betrachten. Die Bürgerinnen und Bürger wollen wir dabei mit einbeziehen, da ein wirksamer Klimaschutz zunächst bei jedem Einzelnen beginnt.

Die finanziellen Ressourcen sind bei alledem zu beachten. Daher appellieren wir zugleich an das Land Rheinland-Pfalz und den Bund, die Städte und Gemeinden hierbei finanziell zu fördern und Antrags- und Bewilligungsverfahren zu vereinfachen. Nur so kann bei realistischer Einschätzung und Berücksichtigung der Haushaltssituation unserer Stadt überhaupt eine Wirksamkeit erreicht werden.

Dr. Peter Uebel
Fraktionsvorsitzender CDU